

FRANKREICH- ZENTRUM

der Albert-Ludwigs-Universität
Freiburg i.Br.

Bulletin no 33

Februar 2002

Liebe Leserin, lieber Leser,

ich möchte Sie wie immer sehr herzlich mit der heutigen Ausgabe des Bulletins begrüßen und darf Sie zunächst über das Wichtigste der vergangenen und der kommenden Wochen informieren.

Zu Beginn des Wintersemesters 2001/2002 haben 14 Studierende den Aufbaustudiengang des Frankreich-Zentrums erfolgreich abgeschlossen; sie haben am 14. Dezember 2001 ihre Diplome erhalten. Die Absolventen dieses Jahrgangs tragen erstmals den Titel „Diplom-Frankreichwissenschaftler/in“; wir gratulieren allen sehr herzlich. Außerdem befinden sich derzeit 11 Studierende im Praktikum und beginnen in Kürze mit ihrer Diplomarbeit. Weitere 12 Studierende schließen gerade das 1. Semester ab.

Schon im Jahrgang 2003/04 werden unsere Studierenden übrigens die Möglichkeit haben, durch ein zusätzliches Semester den binationalen Abschluß eines „Mastère franco-allemand“ zu erwerben. Einen genaueren Bericht hierzu erhalten Sie demnächst.

Am 12. Februar fanden im Rahmen der jährlichen Mitgliederversammlung der wissenschaft-

Bulletin

Redaktion: Annette Obenauf
Verantwortlich für den Inhalt:
Prof. Dr. Rolf G. Renner

FRANKREICH-ZENTRUM
Universität Freiburg
Haus Zur Lieben Hand
D-79085 Freiburg
e-mail: frzentr@uni-freiburg.de

lichen Mitglieder die Wahlen des Vorstands des Frankreich-Zentrums statt. Ich kann Ihnen mitteilen,

dass der gesamte Vorstand in seinem Amt für weitere zwei Jahre bestätigt wurde. Ich danke meinen Kollegen Herrn Prof. Dr. Blaurock und Herrn Prof. Dr. Jurt für ihre Bereitschaft, im Vorstand weiterhin mitzuwirken, und freue mich auf unsere weitere Zusammenarbeit.

Schließlich möchte ich Sie darüber informieren, dass der Förderverein in diesem Jahr sein zehnjähriges Bestehen feiert. Hierfür ist am 11./12. April eine Festveranstaltung als geschlossene Gesellschaft geplant. Eine persönliche Einladung mit dem genauen Programm wird den Mitgliedern des Fördervereins, des Frankreich-Zentrums, den assoziierten Mitgliedern des Frankreich-Zentrums, den Ehrenmitgliedern, den Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirats, den Absolventen und Studenten in einiger Zeit zugehen.

Der heutige Artikel stammt von Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Hermann Francke, Inhaber des Lehrstuhls für Finanzwissenschaften an der Universität Freiburg; er unterrichtet seit vielen Jahren als Mitglied des Frankreich-Zentrums im Aufbaustudiengang „Interdisziplinäre Frankreich-Studien“.

Der heutige Artikel zum Thema „*Der Beitrag des EURO zu den deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen*“ gibt uns einen Rückblick über die Entstehung des Euro und seine aktuelle Bedeutung für den europäischen Markt.

Ich danke Herrn Professor Francke sehr herzlich für seinen so informativen Beitrag und die umfassende Auswertung über die Einführung des Euro.

Ihnen allen wünsche ich wie immer eine angenehme Lektüre.

Ihr



Rolf G. Renner
Sprecher des Vorstands des
Frankreich-Zentrums

Inhalt:

- Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Hermann Francke: *Der Beitrag des EURO zu den deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen*
- Veranstaltungen / Vorankündigungen
- Förderverein
- Diplomarbeiten

Hans-Hermann Francke

Der Beitrag des EURO zu den deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen

Von Bretton-Woods nach Maastricht

Wenn man die Geschichte des EURO aus längerer historischer Perspektive betrachtet, dann macht es m. E. Sinn, ihren Ausgang im Niedergang des Weltwährungssystems von Bretton-Woods in den 60er Jahren zu sehen. Wichtigen Anteil daran hatte der französische Staatspräsident de Gaulle, der den Prozeß des Zusammenbruchs des damaligen Festkursystems beschleunigte. De Gaulle nutzte den neuralgischen Punkt der Systemstatuten, indem er auf der Goldeinlöschungspflicht der USA gegenüber ausländischen Notenbanken bestand und so den „Anker“ des Dollarkerns des Festkurssystems zerbrach. De Gaulle dachte wahrscheinlich eher in Kategorien außenpolitischer Machtpositionen, als in solchen ökonomischer Nützlichkeitsabwägungen. Vermutlich ging es ihm vor allem um eine wichtige europäische Rolle Frankreichs bei der notwendigen Neuordnung der Weltwährungsordnung.

In den 70er Jahren änderten sich jedoch die ökonomischen Kräfteverhältnisse in Europa, insbesondere die zwischen Frankreich und Deutschland. Zum einen wurde Deutschland der realökonomisch – d. h. nach realem Sozialprodukt und relativer industrieller Exportkraft – führende Staat; zum anderen erlangte die Deutsche Bundesbank mit der von ihr geschaffenen DM eine sowohl binnen- als auch außenwirtschaftlich herausragende Machtposition. Ursache hierfür war, neben der realwirtschaftlichen Bedeutung Deutschlands, die politische Autonomie, welche die Bundesbank im Sinne rigoroser Stabilitätsorientierung nutzte, als sie aus der Abhängigkeit des alten Fixkurssystems von Bretton-Woods entlassen war. Diese neue „Macht am Main“ wurde insbesondere in der zweiten Hälfte der 70er Jahre deutlich, nachdem einige Versuche, ein neues europäisches Festkursystem zu etablieren, vor allem wegen der offenkundiger werdenden ökonomischen Unterlegenheit Frankreichs scheiterten.

Ende der 70er Jahre unternahmen dann der französische Präsident Valéry Giscard d'Estaing und der deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt einen neuen Versuch, ein europäisches System fester Wechselkurse einzuführen. Das gemeinsame Konstrukt wurde dabei von sehr unterschiedlichen Motiven geleitet. Giscard hatte dabei vermutlich Absichten, die er als liberaler Konservativer aus der traditionellen außenpolitischen Orientierung Frankreichs ableitete. Der Sozialdemokrat Helmut Schmidt dachte wohl eher in sozialökonomischen Kategorien einer politisch zu führenden Binnenwirtschaft. So zielten Giscard's besondere Absichten zur Einführung des neuen Europäischen Währungssystems (EWS)

auf die Teilhabe an der währungspolitischen Macht der Bundesbank sowie die längerfristige Sicherung der französischen Führungsrolle in einem (gegenüber den USA) eigenständigen Europa. Schmidt verband mit der Einführung des EWS sicher auch das Ziel, die Politik der – auch binnenwirtschaftlich immer mächtiger werdenden – Deutschen Bundesbank durch Einbindung in die Regeln eines internationalen Währungsabkommens – wenn auch indirekt – besser kontrollieren zu können. Beiden Politikern ging es ohne Zweifel um eine Aktivierung der europäischen Wirtschaftsvereinigung mit einem deutsch-französischen Integrationskern.

Indes, die Zielvorstellungen beider Politiker scheiterten, weil sich das EWS zu einem, wie es der deutsch-amerikanische Ökonom Rüdiger Dornbusch einmal formulierte, „GMS“ („German Monetary System“) entwickelte, in dem die Deutsche Bundesbank eine absolut dominante Führungsrolle spielte. Obwohl die Inflationsrate der am EWS beteiligten Staaten im Verlauf der 80er Jahre deutlich sank, wurden die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und Deutschland zunehmend belastet. Deshalb stockte auch die Integrationspolitik in der EU. Vor diesem Hintergrund wurde vom deutschen Außenminister H.-D. Genscher – inoffiziell und zunächst ohne größere positive Resonanz – der Vorschlag gemacht, eine europäische Gemeinschaftswährung einzuführen.

Erst als die deutsche Wiedervereinigung eine schnelle Zustimmung Frankreichs erforderte, verknüpfte Präsident François Mitterand diese mit der Forderung gegenüber Bundeskanzler Helmut Kohl, die DM abzuschaffen und eine europäische Zentralbank zu gründen. Wiederum ging es aus französischer Sicht um Teilhabe an der geldpolitischen Kompetenz in Europa als Voraussetzung für den Integrationsfortschritt in der EU. Für Deutschland stand die Wiedervereinigung im Vordergrund, auch wenn man mit der DM und der Führungsrolle der Bundesbank wichtige wirtschaftspolitische Vorteile verlor. So überraschte es nicht, daß die deutsche Öffentlichkeit die geplante Einführung der europäischen Gemeinschaftswährung überwiegend ablehnte, als der Vertrag von Maastricht 1992 die Grundzüge des Systems der europäischen Zentralbanken festlegte. Der EURO war geboren, auch wenn er erst sehr viel später seinen Namen fand.

Ökonomische Hoffnungen

Nicht nur aus politischer, sondern vor allem aus ökonomischer Sicht wurden die Vor- und Nachteile der beabsichtigten Gemeinschaftswährung kontrovers beurteilt. Dabei kristallisierten sich drei Wirkungen heraus, die einmütig als positiv gewertet wurden. Zum einen wurde erwartet, daß der EURO die Informations- und Transaktionskosten des Binnenhandels

in der EU senken und dadurch zu wohlfahrtssteigernder Effizienz beitragen würde. Zum anderen hoffte man, daß der EURO die zuvor stockende Integration in der EU vorantreiben würde. Schließlich sollte der EURO vor allem den Randstaaten der EU, wie Portugal, Griechenland, Irland u.a. nützen, weil deren ökonomisches Wachstum durch die neue stabile Währung dauerhaft gefördert werden könnte. Was ist aus diesen positiven Erwartungen geworden, nachdem wir seit drei Jahre mit dem EURO leben?

Zunächst ist zu konstatieren, daß die Intensität und Effizienz des Binnenhandels in der EU ohne Zweifel zugenommen haben. Am deutlichsten ist dies durch die Integration der europäischen Finanzmärkte geworden. Nicht nur die kurzfristigen Zinssätze sind in den Mitgliedstaaten des EURO-Systems einander gleich, sondern auch die Kapitalmarktzinssätze haben sich weitgehend angenähert. Entsprechend sind die Aktienbörsen zusammengewachsen, so daß es inzwischen auch für Privatanleger selbstverständlich erscheint, ihre Wertpapierportfolios europäisch zu diversifizieren. In diesem Kontext kann auch die zweite erhoffte Wirkung der Einführung des EURO, die Beschleunigung der Integration in der EU, positiv beurteilt werden. Die Anzahl und Dimension grenzüberschreitender Unternehmenszusammenschlüsse hat zugenommen und auch das Bemühen um einheitliche gesetzliche Rahmenbedingungen, wie z.B. Rechnungslegungsvorschriften oder Wettbewerbsbedingungen, macht Fortschritte.

Unübersehbar und die kühnsten Erwartungen übertreffend ist jedoch der Erfolg des EURO in den Randstaaten der EU, deren ökonomische Entwicklungen einen historischen Sprung getan haben. Während sie früher die Schlußlichter der ökonomischen Performance in der EU waren, sind sie nun diejenigen, deren Wachstumsraten erheblich über dem Durchschnitt der Gemeinschaft liegen. Der EURO und die Europäische Zentralbank (EZB) haben diesen frühen Weichwährungsstaaten geholfen, weil die Möglichkeiten des Sparens und Investierens entscheidend verbessert wurden.

Allerdings, so erfreulich diese Entwicklungen für die Randstaaten der EU sind, für den Kern der Gemeinschaft, also Deutschland und Frankreich sind sie wesentlich differenzierter zu beurteilen. Unübersehbar ist zunächst, daß beide Staaten zu den wachstumsschwachen Mitgliedern der EU zählen und somit die Gemeinschaft insgesamt belasten. Das gilt insbesondere für Deutschland, das gegenwärtig unfähig erscheint, seine fundamentalen Strukturprobleme kurzfristig zu lösen. Diese bestehen in einer zu hohen Steuer- und Sozialversicherungslast, ineffizienten Arbeitsmärkte mit viel zu großer Arbeitslosigkeit und den Lasten für die zögerliche Integration der neuen Bundesländer nach der Wiedervereinigung.

Mit der Einführung des EURO scheinen diese deutschen Strukturprobleme unmittelbar nichts zu tun zu haben, doch ist dieses Urteil etwas oberflächlich. So haben die deutschen Finanzmärkte ihre überlegene Anziehungskraft innerhalb Europas verloren, investieren auch deutsche Firmen verstärkt im EU-Ausland und muß die deutsche Geld- und Finanzpolitik stärker den Gemeinschaftsinteressen unterworfen werden als früher den deutschen Absichten.

Obwohl Frankreich bezüglich der Steuer- und Abgabenlast sowie der Arbeitsmärkte ähnliche Probleme hat wie Deutschland, hat es von der Einführung des EURO eher profitiert. Dies gilt relativ, weil es die o.a. Nachteile Deutschlands nicht hat. Aber dies gilt auch absolut, weil die positiven Wirkungen der Integration von Finanzmärkten und Unternehmungen in der EU die französische Wirtschaft bemerkenswert gefördert haben. Hinzu kommt, daß Fortschritte, welche die EU bisher insgesamt macht, wegen des dominanten französischen Einflusses in den Organen der EU, vor allem in der Kommission, die politische Position Frankreichs relativ stärken.

Geld- und währungspolitische Befürchtungen

Den Hoffnungen auf positive Wirkungen des EURO standen auch eine Reihe von Befürchtungen gegenüber, welche die Geld- und Währungspolitik der EZB betrafen. Was läßt sich darüber bisher sagen, und wie stellen diese sich aus der Perspektive Deutschlands und Frankreichs dar?

Zunächst gab es allgemeine, am Verfassungsempfinden orientierte Bedenken dagegen, daß die Autorität der EZB als autonome und damit demokratischer politischer Kontrolle nicht unterworfenen Institution akzeptiert würde. Dieses Problem erschien gerade für Frankreich wichtig; denn Frankreich hatte bis in die 90er Jahre hinein eine politisch abhängige Zentralbank, die gegenüber dem Finanzministerium weisungsgebunden war. Außerdem wurde durch die Gründung der EZB die Unterordnung französischer Wirtschaftspolitik unter einen internationalen Entscheidungsträger de jure besiegelt. Für das französische Selbstverständnis nationaler Unabhängigkeit erschien das nur tolerierbar, weil dadurch die de facto Abhängigkeit von der Politik der Deutschen Bundesbank durch ein formelles Mitspracherecht im Rat der EZB eingetauscht wurde.

Aber auch aus deutscher Sicht war die Hingabe der Macht der Bundesbank an die EZB nicht leicht, weil man sich damit als größter Mitgliedstaat der EU dem möglichen Mehrheitsvotum kleinerer Partner unterwarf. Dies galt um so mehr, als im Gegensatz zu Frankreich in Deutschland keine kontroverse parlamentarische Auseinandersetzung oder gar eine Volksbefragung über die Einführung des EURO

stattfanden. Doch weder in Frankreich noch in Deutschland ist es bisher zu anhaltendem politischen Protest gegen den EURO und die Institution EZB gekommen. Französische Versuche, anstelle des Niederländers Wim Duisenberg einen Franzosen als ersten Präsidenten der EZB durchzusetzen, wurden auch in Frankreich nur kurze Zeit ernst genommen. Die deutsche Öffentlichkeit beobachtete die neue Institution EZB eher distanziert und keineswegs aus der Perspektive eines leidvollen Selbstbestimmungs- oder Demokratieverlustes.

Im Mittelpunkt der Bedenken gegen die Einführung des EURO standen jedoch Befürchtungen dahingehend, ob es der EZB gelingen würde, eine ähnlich effiziente Geld- und Währungspolitik zu betreiben, wie es früher der Deutschen Bundesbank gelungen war. Diese Skepsis richtete sich sowohl gegen den politischen Willen des EZB-Rates, als auch gegen die Fähigkeit der EZB, dieses historisch einmalige, währungspolitische Experiment analytisch zu bewältigen und praktisch umzusetzen.

Die Skepsis dagegen, daß die Mitglieder des EZB-Rates zu einer einheitlichen Stabilitätskultur finden würden, konnte schnell überwunden werden. Im Gegenteil, auch wachsame kritische Beobachter gewannen schnell den Eindruck, daß gerade Vertreter von Staaten, die früher eher eine beschäftigungsorientierte Geldpolitik betrieben hatten, wie z.B. auch Frankreich, oft den stabilitätspolitischen „Hardlinern“ der EZB-Gremien zuzurechnen waren. Im übrigen zeichneten sich die Auftritte der Mitglieder des EZB-Rates in der Öffentlichkeit durch eine bemerkenswerte Geschlossenheit aus.

Die Antwort auf die Frage nach der Effizienz der geldpolitischen Strategie der EZB kann jedoch nicht so eindeutig beantwortet werden. Ursächlich hierfür ist zum einen, daß die ökonomischen und sozialen Strukturen in den Staaten der EU immer noch sehr unterschiedlich sind. Zum anderen scheint es, als ändere sich gegenwärtig auch die relative Bedeutung der Geldpolitik gegenüber der Finanz- und Außenwirtschaftspolitik.

Die Divergenz der ökonomischen und sozialen Strukturen in den Mitgliedstaaten des EURO-Systems hat vor allem zur Folge, daß die geldpolitischen Transmissionsprozesse, also die Übertragungswege geldpolitischer Maßnahmen auf die Zielgröße Inflationsrate sehr unterschiedlich verlaufen. Dadurch kommt es zu einer erheblichen Streuung der zeitlichen Anpassungen und Inflationsraten (so etwa in 2001, als die Inflationsrate in Irland über 6 v.H. und in Deutschland 2,5 v.H. betrug). Aber auch die Entwicklung einer effizienten Strategie und die Dimensionierung geldpolitischer Maßnahmen, vor allem Veränderungen der Leitzinssätze, fallen deshalb

schwer. Die analytisch komplizierte sogenannte „Zwei Säulen“-Strategie der EZB impliziert so viele diskretionäre Entscheidungsspielräume für den EZB-Rat, daß die Erlangung von Glaubwürdigkeit wegen Prognostizierbarkeit politischer Maßnahmen kaum möglich ist. Auch erscheinen Leitzinsänderungen, die für Teile des EZB-Systems notwendig sind, für andere Teile nicht sinnvoll.

Zugleich entwickelt sich sowohl für Frankreich, als auch für Deutschland ein neues Bedeutungsverhältnis zwischen Geld- und Finanzpolitik zugunsten letzterer. Während in Frankreich erfolgreiche sozial-ökonomische Lernprozesse dahingehend vollzogen werden, daß eine expansive Geldpolitik mittelfristig ungeeignet ist, Arbeitsmarkt- und Verteilungskonflikte zu lösen, hat in Deutschland die Geldpolitik ihren Einfluß auf soziale und finanzpolitische Auseinandersetzungen verringert, weil sie nicht mehr als nationales disziplinierendes Element der Politik wahrgenommen wird. In beiden Fällen – wenn auch unterschiedlich motiviert – befinden sich Finanz- und Sozialpolitik in relativ stärkerer Verantwortung. Eine Bewertung dieses Bedeutungswandels steht noch aus. Wie sie ausfällt, wird davon abhängen, ob die Reformfähigkeit der Steuer- und Abgabensysteme in beiden Staaten zunimmt.

Ähnliches gilt auch für das relative Gewicht der Geldpolitik gegenüber der Außenwirtschafts- bzw. Währungspolitik. Das Umfeld des EURO-Systems wird von sogenannter „Globalisierung“ und „Dollarisierung“ unter der Weltmacht USA bestimmt. Mißt man den Erfolg des EURO an der Entwicklung seines Außenwertes, also des Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar, dann ist er enttäuschend. Weil Deutschland stärker außenwirtschaftlich mit dem Dollarraum verknüpft ist, scheint es auch kurzfristig stärker von den Exporthilfen, die der abgewertete EURO offeriert, zu profitieren als Frankreich. Gleichzeitig sind aber auch die Nachteile verteuerter Importe für Deutschland größer. Frankreich, welches über einen bedeutenderen Agrarsektor verfügt, Industrieprodukte aber stärker – jetzt zu stabilen Preisen – aus Deutschland importiert, hat deshalb geringere Wohlfahrtsverluste. Für beide Staaten wäre es aber wichtig, wenn der EURO auch international eine stärkere Akzeptanz erfahren würde.

FRANKREICH-ZENTRUM

INTERDISZIPLINÄRE FRANKREICH-STUDIEN

- Diplomarbeiten 2001 -

- **Batt, Astrid:** Interkulturelles Lernen: Deutschunterricht in Frankreich – eine Lehrwerkanalyse

INTERDISZIPLINÄRE FRANKREICH-STUDIEN

- Diplomarbeiten 2001 -

- **Batt, Astrid:** Interkulturelles Lernen: Deutschunterricht in Frankreich – eine Lehrwerkanalyse
- **Braun, Andrea:** Wirtschaftsförderung im Elsaß am Beispiel des Comité d'action économique du Haut-Rhin „CAHR“
- **Goj, Cordula:** Täter-Opfer-Ausgleich und *médiation pénale* – Vergleich zweier Ansätze von Mediation im Strafrecht
- **Grohnert, Friederike:** Marktstrategien und Vertriebsorganisationen deutschsprachiger Mittelstandsunternehmen auf dem französischen Markt
- **Janßen, Annegret:** Information und Kommunikation über Europa in Frankreich – Die Rolle der Netzwerke
- **Krier, Michael:** Scheckland contra Überweisungsland? Eine vergleichende Studie über die Zahlungsinstrumente und Zahlungsgewohnheiten im deutschen und französischen Massenzahlungsverkehr
- **Praßler, Martina:** Internationales Personalmarketing für Praktikanten und Diplomanden im Ingenieurbereich - Neukonzeption am Beispiel von Behr Hambach, Behr France und Behr Stuttgart
- **Schmitt, Christian:** Le cadre juridique de la coopération transfrontalière dans la région du Rhin Supérieur – L'exemple de la Conférence franco-germano-suisse du Rhin Supérieur
- **Schuh, Jeannette:** Automobilwerbung im Zeitalter der Globalisierung – international standardisiert oder differenziert? Ein Analyseversuch am Beispiel von deutschen und französischen Renault-Twingo-Anzeigen
- **Schwehm, Oliver:** Erläuterungen zu dem Dokumentarfilm „On ze Rhin again“
- **Simon, Claudia:** Das Deutschlandbild im Spiegel der französischen Massenmedien: Eine Analyse unter besonderer Betrachtung der Darstellung der Deutschen im zeitgenössischen französischen Film
- **Verraes, Séverine:** Fachliche, sprachliche und kulturelle Anforderungen an Führungskräfte deutscher Unternehmen in Frankreich
- **vom Lehn, Silke:** Das Werk von Yasmina Reza. Versuch einer Synthese
- **Weitbrecht, Verena:** Auswirkungen interkultureller Unterschiede im Zeitverständnis und Konfliktverhalten auf die Zusammenarbeit deutscher und französischer Unternehmen in Krisensituationen – Das Beispiel Sales desk (AHK Paris)

- Wissenschaftliches Kolloquium -

ein Veranstaltung des Staatsarchivs Freiburg aus Anlaß der 50-Jahr-Feiern des Landes Baden-Württemberg

„Deutsche und Franzosen im
zusammenwachsenden Europa 1945-2000“

Samstag, 11./12. April 2002
Universität Freiburg, Hörsaal 3044, KG III

Programm und Anmeldung (bis 22.03.2002):
hochstuhl@fr.lad-bw.de

- Vorankündigung -

DEUTSCH-FRANZÖSISCHES JOURNALISTENTREFFEN

19./20. Juni 2002

eine gemeinsame Veranstaltung des
Institut Français Freiburg, des SWR Freiburg,
der Stadt Freiburg, u.a.m.

- Vorankündigung -

Sommerkurs 2002

„La France et la mondialisation“

2. - 6. September 2002

in Zusammenarbeit mit dem Institut Français Freiburg,
dem Oberschulamt Freiburg und mit Unterstützung der
Französischen Botschaft Berlin

FÖRDERVEREIN

- Terminankündigung -

FESTVERANSTALTUNG 10 JAHRE FÖRDERVEREIN

11./12. April 2002

- Terminankündigung -

WANDERUNG 2002

Samstag, 13. Juli 2002

Eingeladen sind alle Mitglieder des Fördervereins
sowie die Studierenden, Absolventen und Professoren
des Frankreich-Zentrums.